



Amtsblatt

Nr. 11/2024

15. April 2024

ausgegeben am:

Nr.	Gegenstand	Seite
1	Öffentliche Bekanntmachung 3. Änderungssatzung vom 11.04.2024 zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Lünen vom 16.02.2009.	90
2	Öffentliche Bekanntmachung der Allgemeinverfügung über das Mitführungs- und Benutzungsverbot von Glasbehältnissen auf der Grillwiese am Cappenberger See am Maifeiertag 2024	94

Herausgeber: Der Bürgermeister der Stadt Lünen

Das Amtsblatt ist kostenlos erhältlich bei der Stadt Lünen, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen am Servicepoint des Rathauses, im Internet unter www.luenen.de/amtsblatt oder per E-Mail: amtsblatt@luenen.de

Auskunft Telefon: 02306 104-1310

Bekanntmachungsanordnung

Die 3. Änderungssatzung vom 11.04.2024 zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Lünen vom 16.02.2009

wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), in der derzeit gültigen Fassung, kann gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Lünen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lünen, den 11.04.2024

Der Bürgermeister
gez

Jürgen Kleine-Frauns

Übereinstimmungserklärung

Es wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut der

3. Änderungssatzung vom 11.04.2024 zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Lünen vom 16.02.2009

mit dem Beschluss des Rates vom 29.02.2024 übereinstimmt und dass bei der Fassung der Satzung nach § 2 Abs. 1 und 2 der Verordnung über die Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmVO) vom 26. August 1999, jeweils in der gültigen Fassung, verfahren worden ist.

Lünen, 11.04.2024

Der Bürgermeister

gez

Jürgen Kleine-Frauns

3. Änderungssatzung vom 11.04.2024 zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Lünen vom 16.02.2009

Aufgrund der §§18, 19 und 19 a des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW 1995 S. 1028), sowie des § 8 Abs.1 und 3 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung 28.06.2007 (BGBl. I S. 1206) und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung vom 14.07.1994 (GV NRW 1994, S. 666), alle in der zur Zeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Lünen in seiner Sitzung am 29.02.2024 die 3. Änderungssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Lünen vom 16.02.2009 beschlossen:

§ 1

§ 2 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

§ 2 Erlaubnisbedürftige Sondernutzungen

- (1) *Vorbehaltlich der §§ 3 bis 5 dieser Satzung bedarf die Benutzung der Straßen über den Gemeingebrauch hinaus als Sondernutzung der Erlaubnis der Stadt Lünen. Die Benutzung ist erst zulässig, wenn die Erlaubnis erteilt ist.*
- (2) *Erlaubnisse werden nur erteilt, wenn sie*
 1. *den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahren (z.B. keine Verletzung anderer Rechte, keine unangemessene Beeinträchtigung für die Allgemeinheit und Anlieger oder Vorrang der Nutzung privater oder geeigneterer Flächen mit geringerer Auswirkung auf den Gemeingebrauch),*
 2. *den Gestaltungsleitlinien für Gebäude, Werbeanlagen und Freiflächen im Stadtkern von Lünen oder der Satzung der Stadt Lünen über die äußere Gestaltung und die besonderen Anforderungen an Werbeanlagen und Warenautomaten im Stadtkern von Lünen nicht entgegenstehen und*
 3. *dem Stadtbild, durch Art oder Häufigkeit der Sondernutzungen, unter Berücksichtigung stadtplanerischer und gestalterischer Gesichtspunkte nicht schaden.*
- (3) *Erlaubnisse für Plakatierungen und andere Formen von Werbung werden nur erteilt, wenn sie*
 1. *einen Bezug zu Veranstaltungen in Lünen, einschließlich der näheren Umgebung, haben,*
 2. *auf gemeinnützige Zwecke aufmerksam machen oder*
 3. *zu besonderen Anlässen im unmittelbaren Umfeld um die Betriebsstätte erteilt werden.*
- (4) *Für das Aufstellen von KfZ-Anhängern zu Werbezwecken wird keine Sondernutzungserlaubnis erteilt.*
- (5) *Werbung für politische Zwecke der Parteien ist nur im zeitlichen Zusammenhang mit inländischen Wahlen zulässig.*

§ 2

In § 4 Absatz 1 der Satzung wird folgender Buchstabe e) eingefügt:

- e) *das Aufstellen von Bänken und anderen Sitzgelegenheiten, so wie dekorativen Elementen (z.B. Blumenkübel) auf einer Fläche von bis zu 0,5 m * 2,0 m unmittelbar vor dem Ladenlokal während der Öffnungszeiten, außer zu gastronomischen oder Werbezwecken, sofern dadurch die Barrierefreiheit nicht beeinträchtigt wird.*

§ 3

In der Anlage zur Satzung – Gebührentarif – wird unter Punkt A. Allgemeine Bestimmungen nach dem letzten Satz folgender Satz angefügt:

„Für Sondernutzungserlaubnisse, die monatsweise oder für ein ganzes Jahr beantragt werden, fällt die entsprechende monatliche, bzw. jährliche Gebühr an.“

§ 4

In der Anlage zur Satzung – Gebührentarif – wird unter Punkt B. Gebühren, Ziffer 5.2

1. Das Wort „Lindenplatz“ neben dem zugehörigen Betrag von 1.980,00 Euro gestrichen und
2. „Marktplatz Lünen-Süd“ durch „Bürgerplatz Lünen-Süd“ ersetzt.

§ 5

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die Allgemeinverfügung über das Mitführungs- und Benutzungsverbot von Glasbehältnissen auf der Grillwiese am Cappenberger See am Maifeiertag 2024

wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), in der derzeit gültigen Fassung, kann gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Lünen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lünen, den 11.04.2024

Der Bürgermeister
gez

Jürgen Kleine-Frauns

Allgemeinverfügung
Mitführungs- und Benutzungsverbot von Glasbehältnissen
auf der Grillwiese am Cappenberger See am Maifeiertag 2024

Gemäß § 14 Abs. 1 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) – in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) erlässt der Bürgermeister der Stadt Lünen für den Maifeiertag am 01.05.2024 folgende

Allgemeinverfügung

Mitführungs- und Benutzungsverbot von Glasbehältnissen

Das Mitführen und die Benutzung von Glasbehältnissen ist in den unter Ziffer 2 genannten Zeiträumen in dem unter Ziffer 3 genannten Bereich untersagt. Glasbehältnisse sind alle Behältnisse, die aus Glas hergestellt sind, wie zum Beispiel Flaschen und Gläser.

Zeitlicher Geltungsbereich

Das Verbot gilt in dem unter Ziffer 3 genannten Bereich für den Zeitraum vom 01.05.2024, 06:00 Uhr bis zum 01.05.2024, 22:00 Uhr.

Räumlicher Geltungsbereich

Das Mitführungs- und Benutzungsverbot nach Ziffer 1 gilt auf der Grillwiese am Cappenberger See, sowie auf den Zuwegungen ab den Zugangspunkten. Der genannte Bereich in der als Anlage beigefügten Karte gekennzeichnet. Die Karte ist Bestandteil der Allgemeinverfügung.

Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung wird gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO angeordnet.

Androhung von Zwangsmitteln

Für den Fall des Mitführens oder Benutzens eines Glasbehältnisses innerhalb des zeitlichen und räumlichen Geltungsbereiches dieser Allgemeinverfügung drohe ich das Zwangsmittel des unmittelbaren Zwangs in Form der Wegnahme des mitgeführten Glasbehältnisses bzw. der mitgeführten Glasbehältnisse an.

Bekanntgabe

Diese Verfügung wird gemäß § 41 Absatz 3 und 4 Verwaltungsverfahrensgesetz Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) öffentlich bekannt gemacht und gilt mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

Begründung

Auf der Grillwiese findet seit Jahren Maifeierlichkeiten mit mehreren Tausend Teilnehmenden statt.

Dabei werden regelmäßig alkoholische Getränke konsumiert. Die Getränke befinden sich überwiegend in Glasbehältnissen und werden von den Feiernden vielfach nicht ordnungsgemäß, in den dafür aufgestellten Abfallmulden entsorgt, oder in mitgebrachten Behältnissen sicher verwahrt. Ein hoher Anteil der Flaschen wurde achtlos auf den Boden geworfen oder abgestellt, wo sie durch die Feiernden – versehentlich oder absichtlich – weggetreten wurden und zersplitterten. Von Scherben und zerbrochenen Glasbehältnissen, aber auch intakten Glasbehältnissen geht dabei eine erhebliche Gefahr aus, da Feiernde, oft unter dem Einfluss von Alkohol, über diese stolpern und sich verletzen können.

Darüber hinaus erhöht sich mit dem Anstieg des Alkoholgenusses erfahrungsgemäß auch die Gewaltbereitschaft und Fahrlässigkeit der Feiernden. So können Glasbehältnisse als Wurf-, Schlag- oder Stichwaffe gegen andere Feiernde oder eingesetzte Ordnungs- und Rettungskräfte verwendet werden.

Auch nach der Reinigung der Grillwiese können Scherbenreste in der Wiese zurückbleiben und künftige Besucher:innen der Grillwiese gefährden.

Die Erfahrung aus anderen Städten im Umgang mit Glasverboten bei nicht organisierten Feierlichkeiten im öffentlichen Raum – insbesondere in den ‚Karnevalshochburgen‘ wie Köln oder Düsseldorf – zeigen, dass die Glasverbote zu einer erheblichen Verbesserung der Sicherheit führen und die Maßnahme von Feiernden grundsätzlich positiv aufgenommen wurde. In den Jahren 2022 und 2023 wurde auch in Lünen anlässlich der Feierlichkeiten auf der Grillwiese ein Glasverbot ausgesprochen. Die Rückmeldungen und Erfahrungen deckten sich mit den oben genannten Beobachtungen anderer Städte.

Zu 1.

Gemäß §§ 1, 3, 4 und 5 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) bin ich die für die getroffene Anordnung zuständige Behörde. Nach § 14 Absatz 1 Ordnungsbehördengesetz können die Ordnungsbehörden die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren.

Eine derartige Gefahr besteht darin, dass bei ungehindertem Ablauf des Geschehens sicher damit zu rechnen ist, dass die Besucher der Maifeierlichkeiten Getränke in Glasbehältnissen auf die Grillwiese mitbringen und dort konsumieren werden, und dass sie die Glasbehältnisse anschließend nicht ordnungsgemäß entsorgen werden, sondern so auf die Wiese stellen bzw. werfen, dass die Behältnisse nachfolgend zerstört werden mit der Folge, dass

anschließend Besucher über die Scherben stolpern und/oder sich bei sonstigen Stürzen an den Scherben verletzen werden. Aufgrund der Mengen und der Tatsache, dass Scherben in der Wiese schwer zu sehen sind, ist auch damit zu rechnen, dass Scherben durch das Schuhwerk dringen und Verletzungen der Feiernden verursachen. Von den Glasflaschen und Gläsern geht zudem eine erhebliche Gefahr für Leib, Leben und Gesundheit aus, wenn diese missbräuchlich als Wurf- und Stichwaffen gegen Menschen eingesetzt werden.

Die Allgemeinverfügung richtet sich an alle Personen, die sich in dem unter Ziffer 3 genannten Bereich aufhalten und Glasbehältnisse mit sich führen bzw. diese benutzen. Das Mitführ- und Benutzungsverbot von Glasbehältnissen soll sicherstellen, dass Glasbehältnisse erst gar nicht in den unter Ziffer 3 genannten Bereich gelangen. Dadurch soll eine gegenwärtige erhebliche Gefahr abgewendet werden.

Das Verbot ist geeignet, um Gefahren für die Feiernden, Einsatzkräfte und unbeteiligte Dritte durch Flaschen, Gläser und Glasscherben auf der am Maifeiertag stark frequentierten Grillwiese abzuwehren und somit einen Beitrag zu ihrer körperlichen Unversehrtheit zu leisten. Ein milderer Mittel zur Erreichung dieses Zweckes besteht nicht. Aufklärungsmaßnahmen gegenüber den Besuchern und die Erweiterung der Entsorgungsmöglichkeiten – ohne ordnungsbehördliches Verbot – haben in den vergangenen Jahren nicht zu einer nennenswerten Reduzierung des Aufkommens geführt. Die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bei rechtswidriger Abfallentsorgung reduziert in der aktuellen Lage das Scherbenaufkommen nicht. Eine abschreckende Wirkung könnte – wenn sie sich überhaupt erreichen lässt – erst zu späteren Terminen erzielt werden. Auch die Aussprache von Platzverweisen in Einzelfällen führt nicht zur Beseitigung der Gefahr, da bei der hohen Besucherzahl naturgemäß nur ein kleiner Bruchteil der aktiv ordnungswidrig handelnden Personen festgestellt und entsprechend sanktioniert werden kann und überdies auch in diesen Fällen die bereits verursachten Scherben nicht mehr kurzfristig entfernt werden können.

Die Voraussetzungen des § 19 OBG für die Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen sind gegeben, weil es um die Abwehr einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr für hohe Rechtsgüter der Beteiligten geht. Eine Beschränkung der Maßnahmen auf die ordnungswidrig handelnden Personen verspricht aufgrund der hohen Fallzahlen keinen Erfolg. Eine sofortige Entsorgung der Flaschen, Gläser und Scherben durch dafür eingesetztes eigenes Personal ist aufgrund des hohen Besucheraufkommens nicht realisierbar.

Für die in Anspruch genommenen Personen ergibt sich aus dem Mitführungs- und Benutzungsverbot keine eigene Gefährdung und keine Verletzung höherwertiger Pflichten. In räumlicher und zeitlicher Hinsicht ist die Maßnahme auf das erforderliche Maß beschränkt. Das Verbot ist, insbesondere unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit (§ 15 OBG), auch

angemessen. Das Verbot der Benutzung und Mitführung von Glasbehältnissen in dem unter Ziffer 2 und 3 bezeichneten zeitlichen und räumlichen Geltungsbereich stellt zwar grundsätzlich eine Einschränkung der allgemeinen Handlungsfreiheit dar. Die Beeinträchtigung ist jedoch geringfügig, weil die Möglichkeit verbleibt, Getränke etc. in alternativen Behältnissen (z. B. aus Kunststoff) mitzuführen und zu konsumieren.

Zu 2.

Der zeitliche Geltungsbereich wurde aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre festgelegt. Das Hauptbesuchsaufkommen ist am 01.05.24 vom späteren Vormittag, bis zum frühen Abend zu erwarten.

Eine Ausweitung des Verbots auf den Vorabend und den nächsten Morgen kommen in Betracht, die Erfahrung zeigt jedoch, dass sich die Zeiten, in denen eine erhebliche Gefahr zu erwarten ist auf den Maifeiertag beschränkt.

Das Verbot ist daher auf die Kernzeiten, sowie die anschließenden Randzeiten beschränkt und somit zeitlich auf das Mindestmaß beschränkt.

Zu 3.

Die Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgte unter Berücksichtigung der bisher gewonnenen Erkenntnisse der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden. Der Hauptanziehungspunkt für die Feiernden ist der unter Ziffer 3 genannte Bereich.

In Betracht käme zudem eine Ausweitung auf das Kriegerdenkmal, wo in den vergangenen Jahren ebenfalls Ansammlungen festgestellt wurden. Diese lösten sich jedoch regelmäßig zeitnah auf, die Feiernden dort wanderten weiter in Richtung Grillwiese. Dort ist erfahrungsgemäß keine erhebliche Gefährdung durch Glasbehältnisse zu erwarten.

Der räumliche Geltungsbereich wurde auf den besonders gefährdeten Bereich beschränkt.

Zu 4.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung meiner Verfügung zu Ziffer 1 ist gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) im öffentlichen Interesse geboten. Ein gegen diese Verfügung eingelegter Rechtsbehelf entfaltet somit keine aufschiebende Wirkung. Angesichts der drohenden Gefahr für die geschützten Rechtsgüter, die von nicht ordnungsgemäß entsorgten Glasbehältnissen ausgeht, kann der Ausgang eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens nicht abgewartet werden. Das private Interesse an der Nutzung von Glasbehältnissen im öffentlichen Bereich muss für den zeitlich und örtlich begrenzten Geltungsbereich den bedeutenden Schutzgütern gegenüber zurückstehen. Dem Interesse des Einzelnen an der

aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs kommt mit Blick auf die schützenswerten Rechtsgüter, insbesondere die körperliche Unversehrtheit, eine nachrangige Bedeutung zu.

Zu 5.

Die Androhung von Zwangsmitteln erfolgt auf der Grundlage der §§ 55, 58, 62 und 63 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen – VwVG NRW. Vorliegend wird gemäß § 62 VwVG NRW das Zwangsmittel des unmittelbaren Zwanges angedroht. Gem. § 58 Absatz 3 VwVG NRW darf der unmittelbare Zwang nur angewendet werden, wenn andere Zwangsmittel nicht zum Ziel führen oder untunlich sind. Zweck des Mitführungs- und Benutzungsverbot es ist es, den räumlichen Geltungsbereich von Glasgefäßen frei zu halten, um die oben beschriebenen Gefahren zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund muss auch ein Zwangsmittel angedroht werden, das zum sofortigen Erfolg führt und wirksam verhindert, dass Glas in den Bereich gelangt und dort benutzt wird. Da weder durch die Androhung und Festsetzung eines Zwangsgeldes die sofortige Beseitigung der Gefahr erreicht werden kann und zudem auch ein angemessenes Zwangsgeld den Wert des Inhalts eines Glasbehältnisses im Regelfall übersteigen dürfte, ist die Anwendung des unmittelbaren Zwangs auch das mildeste geeignete Mittel und damit verhältnismäßig. Eine dieser Maßnahme vorgeschaltete Aufforderung, sich mit dem mitgeführten Glasbehältnis aus der Verbotszone zu entfernen, ist ungeeignet und untunlich, da die Befolgung dieser Aufforderung faktisch nur mit einem sehr hohen Zeitaufwand zu kontrollieren wäre, und die Bindung der Einsatzkräfte von Ordnungsamt oder Polizei an einen einzelnen „Fall“ insgesamt die Effektivität der ordnungsbehördlichen Kontrollen erheblich gefährden würde.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats bei dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Klage erhoben werden.

Lünen, den 15.03.2024

gez


Jürgen Kleine-Frauns

Bürgermeister

Anlage zur Allgemeinverfügung vom 15.03.2024



 : Verbotsggebiet

 : Zugangspunkte